

Axel Troost

Ein erster Kommentar zum Papier „Armut als Klassenprojekt“ von Christoph Spehr

Das Verdienst des Papiers ist es, Armut in der Gegenwartsgesellschaft als Produkt eines größeren gesellschaftlichen Umbruchs zu betrachten und auf den „Klassenprojekt“-Charakter – und damit auf die mächtigen Akteure – neoliberaler gesellschaftlicher Restrukturierung hinzuweisen. Auch ist es richtig, Armut als gesellschaftliches Verhältnis zu betrachten und nicht allein als Mangel an materiellen Ressourcen, sondern Mangel an Teilhabe zu fassen. Allerdings ist das Papier in weiten Teilen der Ursachenanalyse zu abstrakt, um eine sinnvolle Handlungsanleitung für eine linke Anti-Armutspolitik zu bieten. Das Papier lässt mit großem sozialwissenschaftlichen Aufwand den Berg kreisen, aber als Ergebnis für die politische Praxis kommt bestenfalls die sprichwörtliche Maus heraus. Auch arbeitet es sich nicht ausreichend an gängigen Begriffen von und Debatten um Armut ab. In den Handlungsempfehlungen ist es inkonsistent und erman gelt einer differenzierten Diskussion dessen, was auf welcher politischen Ebene geleistet werden kann und muss, um Armutsprozesse wirksam zu bekämpfen.

Zur Kritik im Einzelnen:

1. Armutsbegriff:

Das Papier operiert mit einem sehr weiten und abstrakten Armutsbegriff („Armut ist ein gesellschaftliches Verhältnis“, „Ausdruck einer Störung im Verhältnis zwischen Individuen/Gruppen und gesellschaftlicher Entwicklung“, „bedeutet, dass Menschen und ihre produktiven Potenziale von der produktiven Entwicklung der Gesellschaft abgekoppelt werden“, „Teilhabe und Mitgestaltung... vorenthalten wird“, S. 1 Langfassung). Es findet keine Auseinandersetzung mit den gängigen wissenschaftlichen Armutsbegriffen (absolute Armut, relative Armutsschwellen, Lebenslagenarmut, soziale Ausgrenzung) und den politischen Debatten um Armut statt. Insbesondere vor dem Hintergrund neosozialdemokratischer Versuche, Armut auf Chancenarmut zu reduzieren und materielle Existenzsicherung gegen Bildung und Infrastruktur auszuspielen, muss DIE LINKE. hier jedoch klar Position beziehen. Stellenweise wird Armut synonym bzw. anstelle der Begriffe Lohnarbeit und Kapital verwendet (siehe These 2, Langfassung). Es wird nicht ausgeführt, was mit dem Übergang vom Arbeits- zum Armutsregime (S. 4, Langfassung) gemeint ist. Insgesamt bleibt damit unklar, was die neue Qualität von Armut im Neoliberalismus ist. Denn Armut hat es im Kapitalismus (und davor) ja immer schon gegeben. Im Fordismus war sie jedoch über einen Klassenkompromiss stark zurück gedrängt worden. Das neue der heutigen Armut/Ausgrenzung ist demnach, dass sie vor dem Hintergrund der historisch bislang einmaligen institutionellen Einbindung der arbeitenden Bevölkerung in den Wohlstand kapitalistischer Gesellschaften auftritt (vgl. Kronauer 2002: 75 ff., Mohr 2007: 34 ff.). Es handelt sich also einerseits um eine Rückkehr von

Armut und Unsicherheit, diese besitzt aber zugleich eine neue Qualität. Für die Entwicklung politischer Handlungsstrategien gegen Armut wäre daher zum einen eine kritische Auseinandersetzung mit der Art und den Bedingungen der institutionellen/wohlfahrtsstaatlichen Einbindung in dieser historischen Phase, zum anderen eine Neuformulierung von Einbindungsstrategien vor dem Hintergrund nur teilweise rückholbarer Veränderungen der ökonomischen und sozialstrukturellen Rahmenbedingungen (Stichwort Wandel der Familie, Wandel der Erwerbsarbeit) nötig.

2. Ebenen der Armutspolitik

Es ist sicher richtig, dass die neue Armut sich besonders in Großstädten manifestiert, und sich dort in spezifischen sozialräumlichen Formen und Spaltungen niederschlägt. Allerdings liegen die Hebel zur Beeinflussung dieser Prozesse weitgehend auf anderen Ebenen als der städtischen. Nötig wäre daher eine Deklination der politischen Handlungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen. Dabei wäre jeweils auszubuchstabieren, wo die herrschende Politik versagt bzw. Armutsprozesse befördert, und wie linke Politik gegen steuern kann. Teilweise findet das in der Langfassung für die städtische bzw. Länderebene statt. Allerdings müsste auch hier klarer herausgearbeitet werden, was auf Bundesebene, europäischer und Weltebene, und was auf Länder bzw. kommunaler Ebene geleistet werden kann bzw. muss. In einem Papier der Bremer LINKEN sollten dabei Maßnahmen im Mittelpunkt stehen, die im eigenen politischen Kompetenzbereich liegen (Bildung, soziale Infrastruktur, kostenfreie Schulspeisung, Sozialticket, ÖBS, stadtteilspezifische Entwicklungsstrategien, Verhinderung von Zwangsumzügen etc).

3. Handlungsempfehlungen

Mehr oder weniger implizit wird im Papier von der Unmöglichkeit der Wiederherstellung von Vollbeschäftigung, auch durch eine linke makroökonomisch fundierte Beschäftigungspolitik und durch Arbeitsumverteilung/Arbeitszeitverkürzung ausgegangen. In diesem Zusammenhang werden die Bezahlung von unbezahlter Reproduktionsarbeit und die Absicherung der „Überflüssigen“ durch eine Grundsicherung gefordert. Gleichzeitig wird eine „neue Aktualität des Rechts auf Arbeit“ postuliert. Hier schneidet das Papier eine Grundsatzdebatte innerhalb der LINKEN an, ohne diese explizit zu führen oder sich eindeutig zu positionieren. Eine Armutsbekämpfungsstrategie muss aber klarstellen, dass wir uns hier und jetzt auch ohne eine eindeutige Festlegung, ob Vollbeschäftigung möglich ist, um mehr und bessere Beschäftigung bemühen müssen. Das ist ohne eine aktivere Rolle des Staates auf kommunaler, Länder- und Bundesebene nicht zu erreichen.

Ob mit oder ohne eine Vision von Vollbeschäftigung: hohe Investitionen in Bildung, Gesundheit, die Energie- und Klimawende, in Infrastruktur und regionale Wirtschaftskraft sind ein Schlüssel, um Armutsprozesse zu bekämpfen. Zum einen dadurch, dass die Ausweitung und Verbesserung von Bildungs- und Infrastrukturangeboten vor allem den Verarmten, d.h. den armen Stadtteilen zugute kommen und dazu mit ihnen gemeinsam

entwickelt werden müssen. (Das ist tatsächlich das genaue Gegenteil der von Christoph Speer zu Recht kritisierten Leuchtturmpolitik). Zweitens schaffen solche Investitionen die Basis für zusätzliche Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Wohlstand von morgen.

„Aus der Perspektive der Eingrenzung sozialer Ausgrenzung“ müssen darüber hinaus anerkannte Alternativen zur Erwerbsarbeit geschaffen werden, „z.B. in der Form subventionierter Auszeiten für Weiterbildung und Qualifizierung, abgesicherter Kindererziehungszeiten, gemeinnütziger Arbeit, etc. Dabei müsste sichergestellt werden, dass die Tätigkeitsbereiche jenseits der Erwerbsarbeit zu Bedingungen organisiert werden, die Ausgrenzung nicht perpetuieren und Standards am ersten Arbeitsmarkt nicht unterlaufen.“

Die Bedingungen am Arbeitsmarkt im Sinne der Eingrenzung sozialer Ausgrenzung zu verändern, würde vor allem bedeuten, zu gewährleisten, dass Arbeit auch existenzsichernd ist. Ein gesetzlicher Mindestlohn auf einem Niveau, das gesellschaftliche Teilhabe sicher stellt und der rechtlich auch durchgesetzt wird, wäre eine zentrale Bedingung dafür. Die Gestaltung der Arbeitsbedingungen im Sinne des Gesundheitsschutzes, der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben sowie der Mitbestimmung wäre eine weitere.

Zusammenfassend müsste es also darum gehen, den Sozialstaat und den Arbeitsmarkt im Sinne der Schwächsten umzugestalten und teilhabesichernde Mindestsicherungen innerhalb und außerhalb des Arbeitsmarkts zu schaffen. Dies würde die politische Bereitschaft erfordern, Marktkräfte zu korrigieren und den Wohlfahrtsstaat vor allem am unteren Ende auszubauen.“ (Mohr 2007: 237)

Denn dieser wird, wie leider im Kapitalismus üblich, in der Primärverteilung nicht gleichermaßen den Prekarisierten zugute kommen. Daher bleibt es weiterhin eine zentrale Aufgabe (nicht nur) städtischer Politik, diesen Wohlstand zusammen mit den Ausgegrenzten von oben nach unten umzuverteilen. Die Herausforderung liegt also vor allem darin, die täglich arm Gemachten bei einer solchen Politik mitzunehmen, d.h. ihnen überhaupt die Hoffnung wiederzugeben, dass eine solche Politik möglich ist und sie dabei einen Unterschied machen können.

Literatur:

Kronauer, Martin 2002: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York: Campus

Mohr, Katrin 2007: Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat. Arbeitslosensicherung und Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland, Wiesbaden: VS-Verlag